

## des Kreisverbandes Greiz

- Parteilich, regional und von ganzem Herzen links -



Liebe Genossinnen und Genossen,  
Fit für die Zukunft! Darum geht es -Thüringen mittels Funktional,- Verwaltungs- und Gebietsreform zukunftsfähig zu gestalten. Die FVG-Reform, welche aus drei Teilen besteht, scheint laut einer IN-SA-Umfrage bei 59 Prozent der Thüringer nicht gut anzukommen. Dass sie indes dringend notwendig ist, sehen auch die Kritiker auf den zahlreichen Info- und Diskussionsveranstaltungen in den Thüringer Gemeinden und Städten. Dort geht es meist nicht um das „Ob“, sondern um das „Wie“ der FVG-Reform. Die Landtagsfraktion der LINKEN zieht daraus den Schluss, noch mehr mit diesem Thema in die Öffentlichkeit zu gehen, um auch diejenigen zu erreichen, die nicht durch ihr Bürgermeisteramt oder ihre Stadt,- oder Gemeinderatsmitgliedschaft quasi gezwungen sind, sich mit diesem komplizierten Thema auseinanderzusetzen. Aber auch unter uns Linken ist die Reform umstritten. Obwohl sie seit 2005 Beschlusslage der Partei ist und der übergroße Teil der FVG-Reform sich genau an den von uns über Jahre erarbeiteten Grundlagen orientiert. Deswegen bietet der Kreisverband zusammen mit der Linksfraktion im Kreistag während seiner „Gutes Leben auf dem Land“-Radtour in der letzten Juliwoche neben anderen interessanten Veranstaltungen am 26.07.2016 in Ronneburg wieder eine Diskussionsveranstaltung zum Thema FVG-Reform an. Diesmal unter dem Fokus „Öffentliche Daseinsvorsorge“.  
DIE LINKE. „Fit für die Zukunft“ zu machen hätte auch das Motto des Bundesparteitages in Mag-

deburg sein können. Das trifft im Ergebnis bestimmt auf den neu gewählten Bundesvorstand der Partei zu. Immerhin drei Thüringer, darunter auch wieder Frank Tempel, wurden in den Bundesvorstand gewählt. Der Greizer Kreisverband wünscht ihnen und den anderen viel Erfolg bei ihrer Arbeit in den nächsten zwei Jahren. Allerdings bleibt ein Unbehagen nach dem Parteitag. Das wurde auch auf der Mitgliederversammlung der Zeulenrodaer Linken formuliert. Unter den insgesamt elf gefassten Beschlüssen sind drei Leitanträge mit unterschiedlicher Stoßrichtung zu finden. Das ist zu viel des Guten, um eindeutige Orientierung über DIE LINKE. nach innen und nach außen zu geben.

Was der Bundesparteitag zu viel hatte, hat unser Kreisverband zu wenig. Auch wir müssen in unserer zukünftigen Arbeit den Genossinnen und Genossen mehr Orientierung zu unseren Standpunkten zu aktuellen lokalen und regionalen Themen geben. Das heißt, wir müssen über die reine „Terminarbeit“ hinaus kommen und uns nicht nur nebenbei mit der politischen Lage im Landkreis beschäftigen. Da wir uns im Kreisverband nicht mehr „nur mit uns selbst“ beschäftigen, sind die Voraussetzungen dafür schon geschaffen. Wir sind aber auch auf euch Genossinnen und Genossen angewiesen. Schließlich sind die Zeiten vorbei, in denen die Partei aus Prinzip immer Recht hatte. Schreibt uns Mails und Briefe und ruft uns an, wenn ihr Themen im Landkreis seht, zu denen wir uns als Kreisvorstand eurer Meinung nach noch nicht verhalten haben. Denn nur an Hand unserer Standpunkte zu aktuellen Themen können wir andere davon überzeugen, dass wir den Kreis positiv gestalten können. Dann können wir aus der Perspektive des demokratischen Sozialismus die Bedürfnisse des Menschen zum Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns machen.

**Dann machen wir unseren Kreis  
„Fit für die Zukunft“.**

*Solidarische Grüße,  
Christian Wächter.*

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

## Gutes Leben auf dem Land Radtour der Greizer Linken durch den Landkreis Greiz

Was ist ein „Gutes Leben“? Was bedeutet es, das „Gute Leben“ auf dem Land zu organisieren. Mit diesen Fragen und unseren Antworten radelt DIE LINKE. vom 25. bis 29. Juli durch den Landkreis.

Tagsüber werden wir Sie während unserer Radtour fragen, was für Sie ein „Gutes Leben“ bedeutet und Abends werden wir mit ihnen diskutieren, wie aus unserer momentanen Perspektive das Gute Leben auf dem Land organisiert werden sollte und was wir unter dem „guten Leben“ verstehen.

Sprechen wollen wir mit Ihnen unter anderem über die wirtschaftlichen Grundlagen, die öffentliche Daseinsvorsorge, den Verbraucherschutz und die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens.

Also kommen Sie vorbei, reden Sie mit uns und wenn sie Lust und Zeit haben, radeln Sie mit uns durch den Landkreis.

- ⇒ Mo, 25.07 **Industrie 4.0** - Was ist das und welche Risiken und Chancen bringt Industrie 4.0 für die Arbeitswelt in kleinen und mittelständischen Unternehmen? Mit Reiner Franz (Marketing/Vertrieb sense-IT GmbH).
- ⇒ 18:00 Uhr Endschütz, Rittergut Endschütz
- ⇒ Di, 26.07. **Verbraucherschutz**- kein „Gutes Leben“ für Konsumenten ohne Schutz! Mit Diana Skibbe (MdL, DIE LINKE.).
- ⇒ 18:00 Uhr Ronneburg, Gambrinus
- ⇒ Mi, 27.07. **Öffentliche Daseinsvorsorge** - Überlegungen zur Funktional- und Verwaltungsreform in Thüringen. Mit Mike Huster (MdL, DIE LINKE.).
- ⇒ 18:00 Uhr Bad Köstritz, Haus des Gastes, Kleine Galerie GUCKE
- ⇒ Do, 28.07 **Bedingungsloses Grundeinkommen** – Chancen und Risiken für ein „Gutes Leben“ für Alle! Mit Ronald Blaschke (BAG Grundeinkommen, DIE LINKE.).
- ⇒ 18:00 Uhr Weida, Gerberkeller
- ⇒ Fr, 29.07 **Grillen am See** – Gemütliches Ausklingen am Stausee in Zeulenroda.
- ⇒ 18:00 Uhr Bungalowdorf Zadelsdorf

*Christian Wächter*

### Maifeier in Bad Köstritz



Wie jedes Jahr luden der Kunst und Kulturverein und DIE LINKE Bad Köstritz in den Hof der kleinen Galerie „GUCKE“ zum 1. Mai ein. Der 1. Mai wird als Tag der Arbeit, Tag der Arbeiterbewegung, Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse oder auch als Maifeiertag bezeichnet. Das Symbol des 1. Mai ist die rote Nelke. An der Kleidung einiger Gäste sah man die Nelke leuchten und wer Bedarf hatte dem konnte ich eine überreichen. Durch unser Team wurde alles gut vorbereitet und die Gäste konnten sich bei bestem Wetter gebratenes vom Rost und hausgebackenen Kuchen und Kaffee schmecken lassen. Musikalisch wurde dieser Tag vom Köstritzer Blasorchester umrahmt.

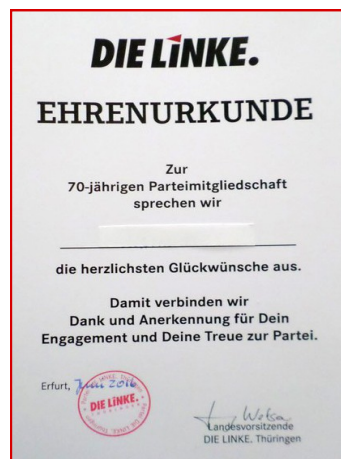
*Marlies Jakat  
BO Bad Köstritz*

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

## *Herzlichen Glückwunsch!*

**Wir gratulieren zu 70 Jahren Mitgliedschaft in  
der Partei und danken für die Treue!**

<p><b>Ruth Daunert</b> <b>Günther Gerhardt</b> <b>Marta Jakat</b> <b>Gisela Mandel</b> <b>Gisela Meißner</b> <b>Ursula Petzold</b> <b>Ilse Schaller</b> <b>Anneliese Schimmel</b> <b>Harry Schimmel</b> <b>Hildegard Wiche</b> <b>Eugen Spitzmüller</b></p>	<p><b>Kraftsdorf</b> <b>Kraftsdorf</b> <b>Bad Köstritz</b> <b>Bad Köstritz</b> <b>Zeulenroda-Triebes</b> <b>Weida</b> <b>Zeulenroda-Triebes</b> <b>Hohenleuben</b> <b>Hohenleuben</b> <b>Zeulenroda-Triebes</b> <b>Weida</b></p>
---	--





## Alternativen 54 e.V. - Scheckübergaben

### Schulförderverein der Regelschule Bad Köstritz

Im achten Jahr der Schulpartnerschaft mit einer tschechischen Schule fand von Montag, dem 25.04.2016, bis Freitag, dem 29.04.2016, an der Regelschule Bad Köstritz der Gegenbesuch der Partnerschule aus Loket statt. Das Thema in diesem Jahr lautete: „Unser Land in seiner Vielfalt“. In der Woche wurde die Umgebung von Bad Köstritz, Gera und Weimar erkundet. Es folgte eine Wanderung zum Fuchsturm und eine Tierparksafari. Die tschechischen Schüler bekamen einen Einblick in unser Schulsystem und hospitierten in Unterrichtsstunden, besuchten das Pflegeheim Azurit, besichtigten die Köstritzer Brauerei und besuchten Weimar und deren Museen. Zum Grillabend überreichte ich einen Scheck der „Alternativen 54 e.V.“ in Höhe von 350,00 Euro. Mit diesem Geld konnte, neben weiteren Spenden, dieses Projekt finanziert werden.



### Förderverein der Rötlein Grundschule

Am 27. Mai konnte ich dem Förderverein der Rötlein – Grundschule einen Scheck in Höhe von 500,00 Euro von der „Alternativen 54 e.V. für das Projekt „ Leseförderung-Thüringer Kinderzeitung“ überreichen. Die Schüler der Klasse 3b haben sich sehr darüber gefreut, dass sie nun die Möglichkeit erhalten „Meine Kleine“ Thüringer Kinderzeitung weiter lesen zu können. Mit dieser Zeitung wird den Kindern frühzeitig die Freude am Lesen vermittelt und mit zugeschnittenen Themen werden sie an das Zeitungslesen kindgerecht herangeführt. Lesen fördert das Lernen und die Entwicklung der Kinder und deshalb ist diese finanzielle Unterstützung eine Investition in die Zukunft, die wir mit Hilfe der „Alternativen 54 e.V.“ gerne unterstützen.



### VdK-Ortsverband Zeulenroda-Triebes

Zum 25-jährigen Partnerschaftsjubiläum der Ortsverbände des Giengen und Zeulenroda-Triebes des VdK, wurde der Ortsverband aus Giengen/Brenz eingeladen. Vor Ort gab es eine Informationsveranstaltung des Vdk, bei welchem ein Referent der Deutschen Rentenversicherung sprach. Es gab viele interessante Begegnungen mit dem dortigen Ortsverband. Um den Mitgliedern die Fahrt zum Partnerverband zu ermöglichen, überreichte ich eine Finanzspritze vom Verein „ Alternativen 54 e.V.“ welche einen Teil der Reisekosten deckten.



### An den Schachklub Weida e.V.

Es war für mich eine Herzensangelegenheit am 7. Juni dem Schachklub Weida e.V. einen Scheck in Höhe von 450,00 Euro von der Alternativen 54 e.V. zu überreichen. Diese Unterstützung soll vor allen zur Förderung der Kinder und Jugendlichen im Verein dienen, denn um die Spielorte zur deutschen Meisterschaft zu erreichen, fallen Fahrkosten an, die so beglichen werden können. Auch werden für die Kinder Programme zur Trainingsgestaltung mit dieser Unterstützung erstellt. Gerade die Förderung der Kinder, um sich im Sport zu betätigen, ist eine Aufgabe der sich keiner verschließen kann.



Eure Diana

FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!

## „Wie weiter mit den Thüringer Schulen“ Gabi Ohler zu Gast



Kleine Schulen und Hortkommunalisierung sind Stichworte, die für Schlagzeilen sorgten.

Um falsche Informationen vom Kopf auf die Füße zu stellen, lud am 11. April um 18.00 Uhr Diana Skibbe und die Staatssekretärin vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Gabi Ohler zu einem Informationsgespräch in die Vogtlandhalle Greiz ein. Viele Direktoren, Lehrer und Elternsprecher aus dem Landkreis Greiz haben die Möglichkeit zum Gespräch mit Diana und Gabi Ohler genutzt um die Probleme des Schul-Alltages vorzutragen. Gabi Ohler betonte gleich zu Anfang, dass trotz intensiver Nachforschungen nicht ermittelt werden konnte wer den Entwurf, welcher medial für so großen Wirbel gesorgt hatte – es ging um die Größe von Schulklassen – an die Öffentlichkeit brachte. Sie betonte nochmals, dass dieses Papier

keine Gültigkeit hat. Es wurde darauf hingewiesen, dass *der Schulträger* weiterhin für die Schulplanung verantwortlich ist – außer bei den Privatschulen – ist das der entsprechende Landkreis. Das Land Thüringen wird in diese Hoheit nicht eingreifen.

Weitere Themen waren der hohe Ausfall an Unterrichtsstunden durch Langzeitkranke, die fehlenden Lehrer insbesondere im naturwissenschaftlichen Bereich. Diese Studienrichtung wird wenig gewählt, da diese – meist gut eingearbeiteten Referendare – an den Schulen nicht bleiben dürfen. Mit der Einstellung von 500 neuen Lehrern

durch das Land konnte man die drohende Verschärfung des Lehrermangels aus altersbedingten Gründen etwas abdämpfen, was aber noch nicht ausreicht. Es werden weitere Einstellungen erfolgen.

Bis zum Sommer soll ein Konzept entstehen, dass breit diskutiert werden soll. Es soll künftig auf kurze, zumutbare Schulwege Wert gelegt werden.

Gabi Ohler hat viele Hinweise für Ihre Arbeit im Bildungsministerium mitgenommen. Die Teilnehmer bedankten sich bei Diana Skibbe und Gabi Ohler für dieses Informationsgespräch und fanden gut, dass Verantwortliche der Thüringer Regierung vor Ort Gespräche suchen, um richtige Entscheidungen zum Wohle der Schüler treffen zu können.

Marlies Jakat  
WKM

## Grillnachmittag in der TALI Greiz

Am 1. Juni lud ich, vor allem bedürftige Bürger, zu einem Grillnachmittag in die TALI Greiz ein. Auch wenn wir auf Grund des Wetters die Rostbratwurst nicht im Freien genießen konnten, waren die Gespräche mit unseren zahlreich erschienenen Gästen in den Räumlichkeiten der TALI interessant. Von der Kirchgemeinde Steitz waren Bürger gekommen, die sich für die Unterstützung beim Stellen des Lottomittelantrags bedankten und um weitere Unterstützung baten, welche ich ihnen natürlich zusicherte. Die Anwesenden bedankten sich bei mir, dass Sie erneut die Möglichkeit erhielten, um in gemütlicher Runde die Alltagsprobleme für kurze Zeit vergessen zu können. Ich bedanke mich beim Team rund um Frau Grimm - der Leiterin der TALI - für die Bereitstellung der Räume und die Unterstützung in bewährter Form, so dass rund-

um zufriedene Gäste den Heimweg antreten konnten.

Da ich immer wieder feststelle, dass diese Zusammenkünfte bei den Bedürftigen gut ankommen und



sie sich auf das nächste Treffen freuen, werden wir diese Treffen beibehalten, denn hier können auch „Ottonormalverbraucher“ einmal Ihre Sorgen und Nöte des täglichen Lebens loswerden.

Eure Diana

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**



## Jubilare im Kreisverband Greiz für die Monate April bis Juli 2016

# Herzlichen Glück-



**93 Jahre**

Herta Wieland, Berga (Elster)

**92 Jahre**

Marta Jakat, Bad Köstritz

**91 Jahre**

Friedrich Smit, Bad Köstritz

**90 Jahre**

Gertrud Morgner, Zeulenroda-Triebes

Erika Kaul, Zeulenroda-Triebes

Friedheim Daunert, Kraftsdorf

**89 Jahre**

Ingeborg Jahn, Weida

Jutta Donhöfer, Greiz

**88 Jahre**

Josef Müller, Zeulenroda-Triebes

**87 Jahre**

Elisabeth Klein, Greiz

Heini Schröder, Münchenbernsdorf

Helga Plagens, Auma-Weidatal

**86 Jahre**

Gerhard Lätzsch, Greiz

Wolfgang Derber, Berga (Elster)

Heinz-Günther Elter, Zeulenroda Triebes

**84 Jahre**

Irmgard Hofmann, Ronneburg

**83 Jahre**

Siegfried Heidrich, Weida

**82 Jahre**

Herbert Jende, Zeulenroda-Triebes

Margarete Wittig, Langenwetzendorf

**81 Jahre**

Elfriede Gresewski, Wünschendorf (Elster)

**80 Jahre**

Siegfried Rödiger, Zeulenroda-Triebes

Karl Till, Tegau

August Schmidt, Weida

**75 Jahre**

Gudrun Ulmer, Weida

Werner Hübler, Langenwetzendorf

**65 Jahre**

Bärbel Rentzsch, Zeulenroda-Triebes

**60 Jahre**

Isolde Müller, Harth-Pöllnitz

## Der Kreisvorstand

### wünscht

## beste Gesundheit und

## Aus unserer Leserpost

### Zum Bericht über den Jahresempfang der Landrätin Frau Schweinsburg (OTZ 02.04.16)

So wie ich der Zeitung entnehme, fand der Jahresempfang am 1. April 2016 statt.

Was in Worten von Frau Schweinsburg in dieser Veranstaltung vorgetragen wurde, ist meiner Auffassung diesen „historischen“ Tag würdig. Ein Aufruf an alle Vogtländer bereit zu sein zu kämpfen, gegen eine Regierung, die von den Bürgern des Freistaates Thüringen gewählt wurde, kann man doch wohl als Aprilscherz auffassen. In der vergangenen Woche berichtete die OTZ, dass die Stadt Zeulenroda – Triebes flächenmäßig die größte Stadt im Freistaat Thüringen ist. „Der kurze Weg in die Gemeindeverwaltung und der direkte Kontakt zum Bürgermeister zählt noch immer, wenn mal was zu klären ist“ sind die Worte der Landrätin. Wahr für Wahr.

Mit der Entwicklung der Stadt Zeulenroda – Triebes wurde doch schon ein Teil der Gebietsreform realisiert. Und das auf freiwilliger Basis. Warum soll das in größerer Form, mit einer Kreisreform nicht möglich sein?

Aber es muss die Bereitschaft dazu vorhanden sein. Sonneberg – Meiningen will, wenn es zu Veränderungen der Kreise kommen sollte, nach Bayern wechseln und möchten Franken werden. So wie in Greiz ist ihr Motto: „Es soll so bleiben wie es ist.“ Also Stillstand. Von Kopernikus stammt der Spruch: „Und sie dreht sich doch.“ Die Zeit läuft weiter, es gibt keinen Stillstand. Veränderungen wird es geben, nur wie wir diese gestalten, liegt an uns. Darüber sollte man sprechen, pro und kontra abwägen.

Ich selbst stehe für die abgewandelten Worte Friedrich Schillers ein: Wir wollen sein ein einzig Volk von Thüringern in keiner Not uns trennen und Gefahr.“ Ob Vogtländer oder Franke wir sind alle ein Freistaat Thüringen in dem wir gerne gemeinsam leben.

Das ist mein Gegenaufruf gegenüber dem der Frau Schweinsburg. Ich hoffe auf Ihre Unterstützung.

*Herbert Jende*

### Osternachmittag bei der TALI

Zu einem vorösterlichen Kaffeemittag lud Diana Skibbe am 23. März Bürgerinnen und Bürger aus Greiz und Umgebung in die TALI Greiz ein. Viele Besucher sind gekommen um in gemütlicher Runde mit Diana ins Gespräch zu kommen. Die Mitarbeiter der TALI - unter Leitung von Frau Grimm - haben diesen Nachmittag mit viel Engagement vorbereitet und den Tisch mit vielen kulinarischen Leckereien österlich geschmückt und vorbereitet. Auch Kinder aus dem Kinderheim in Greiz sind mit ihren Betreuern gekommen und haben es sich schmecken lassen. Für die Kinder waren Osterkübchen durch Marlies Jakat vorbereitet, welche der Osterhase leider nicht im Freigelände verstecken konnte. So wurde eben in den Räumlichkeiten gesucht. Die Kinder haben trotz des unschönen Wetters viel Spaß gehabt. Nach der Osterkübchensuche malten die Kinder Osterbilder aus, welche sie Diana als Dankeschön für den schönen Nachmittag überreichten. Die Bilder werden einen würdigen Platz in unseren Büros finden. Alle gingen zufrieden nach Hause und freuen sich schon auf die nächste Einladung von Diana.

*Marlies Jakat*

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

## EM 2016 - Partypatriotismus oder schwarz-rot-goldene Symbole für einen Wiederaufstiegs des Nationalismus?



Schwarz-Rot-Goldene Fahnenmeere - Harmloser Partypatriotismus? Einerseits dient der gemeinschaftliche Fußballjubiläum als gesellschaftlicher Kitt gegen soziale Zerfallserscheinungen, wie sie sich z.B. durch die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zeigen. Auf's Deutschein kann man sich im Zweifel immer einigen, wenn alles andere drumherum wegzubrechen droht. Doch dies hat seine Schattenseiten. Gerade die deutsche Flagge wird dabei zum Symbol nationalistischer Triebe, die gerne mit einem gesundem Patriotismus verwechselt werden, damit aber gar nicht viel zu tun haben, wie Wissenschaftler von der Universität Marburg feststellten. Sie wiesen nach, dass Nationalismus fast immer mit Fremdenfeindlichkeit einhergeht. Beziehungsweise dass eine Besinnung auf eine in Deutschland noch immer mehrheitlich genetisch begründete Herkunft eben auch Ausgrenzung bedeutet. Nicht umsonst, spätestens seit Deutschland 2014 Fußballweltmeister wurde, schwenken ausgezehrt die besonders eifrig und euphorisch die deutsche Flagge, die am wenigsten für Weltoffenheit und Toleranz stehen. Sie geben sich blind gegenüber der Tatsache, dass Deutschland längst eine ethnisch und kulturell diversifizierte Gesellschaft ist: Die Rechtsnationalen und -extremen von Pegida und Konsorten sowie die rechtspopulistische AfD.

Die Deutung der Deutschlandflagge als Banner eines fremdenfeindlichen Nationalismus fand im Oktober 2015 einen Höhepunkt beim Auftritt des AfD-Politikers Björn Höcke in der Talkshow von Günther Jauch, als Höcke ein schwarz-rot-goldenes Fähnchen über seine Sessellehne legte und von einer tausendjährigen Zukunft für Deutschland schwadronierte. Da wird das Sommermärchen zur Gruselgeschichte.

Eine Studie ergab bereits im Dezember 2006, dass nationalistische Tendenzen in Deutschland nach der WM nicht geringer geworden waren, sondern sich eher verstärkt

hätten. "Vielleicht war die Welt während der Weltmeisterschaft tatsächlich zu Gast bei Freunden", kommentierte damals der Bielefelder Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer, einer der Autoren der Studie, "aber danach war es damit wieder vorbei"

Zum WM-Finale 2014 dokumentierte netz-gegen-nazis.de zahlreiche Vorfälle, die mit harmlosem Partypatriotismus definitiv nichts zu tun haben. Aus Stade wurden Fans mit "88"-Trikots gemeldet sowie Teilnehmer des Autokorsos, die eine Reichskriegsflagge schwenkten. Auch in Wuppertal und Köln feierte man im "88"-Trikot (88=HH=Heil Hitler), skandierte teilweise dazu "Hier marschiert der nationale Widerstand". „Sieg Heil“-Sprechchöre wurden aus vielen Städten gemeldet - und waren offenbar deutschlandweit ein nahezu selbstverständlicher Teil des „Fußball-Festes“. In Karlsruhe war es eine Gruppe auf der Kaiserstraße, auch in Wiesbaden, Berlin und 13 anderen Städten war der nationalsozialistische Gruß laut Twitter-Sammlung zu hören. In Marburg ist es eine Gruppe betrunkenen Nazis, die dazu auch "Deutschland über alles" grölen - was auch als Hashtag auf Twitter nach dem Finale sehr verbreitet war. Am "Refugee-Camp" in Hannover liefen mehrere Menschen vorbei, die den Hitlergruß in Richtung Flüchtlinge zeigten. Deutschlandfans fotografierten sich mit schwarz-rot-goldenen Fahnen und Schals im / auf dem Holocaust-Mahnmal in Berlin. Im Internet boten Händler T-Shirts zum Verkauf an. Darauf abgebildet war der Reichsadler – das Hakenkreuz wurde durch einen Fußball ersetzt. Daneben Begriffe wie „Endsieg“ oder „Blitzkrieg“. Zu finden waren die Produkte bei zwei der größten Online-Händler Deutschlands: Amazon und eBay.

Seitdem ist es nicht besser geworden, sondern schlimmer. Landauf, landab brennen Flüchtlingsheime, Nationalisten und Rassisten demonstrieren nahezu täglich in erster Linie gegen alles, was nicht deutsch sei. Immer mit dabei: Die schwarz-rot-goldene Flagge. Und ob man einen schwarzen, >>>

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**



Berlin geborenen und aufgewachsenen Nationalspieler wie Jérôme Boateng gerne als Nachbarn hätte, wird ernsthaft diskutiert, weil der AfD-Rechtspopulist Alexander Gauland mal wieder einen rhetorischen Ausfall produzierte.

In Lille, zum EM-Auftakt der DFB-Mannschaft kommt es postwendend zu Angriffen durch deutsche Hooligans auf Menschen bekleidet mit den Trikots der Ukraine. Eine Hooligangruppe aus Dresden posiert gar mit der Reichskriegsflagge.



Es zeigt sich, der überschäumende Partypatriotismus befördert eben auch nationalistische Tendenzen. In einer jetzt veröffentlichten Studie zeigte sich, dass schon eine kleine deutsche Flagge auf einem Fragebogen dazu führt, dass das Nationalgefühl und die Ablehnung von Fremden wächst - zumindest bei jenen, die bereits eine leichte Tendenz zum Nationalismus haben (Social Psychology, Bd.43, S.3-6, 2012). Welche Effekte dürfte dann das Fahnenmeer beim Public Viewing haben?

Aber man muss ja kein Spielverderber sein. Was also tun? Der Bremer Sozialwissenschaftler Klaus Boehnke, der bereits zur letzten EM sagte, trifft es auf den Punkt: "Nationalismus oder Patriotismus sind rück-

wärtsgewandte Orientierungen. Wir leben in einem Zeitalter, wo es darauf ankommt, mit anderen international zu kooperieren. Da ist es nicht wichtig, schwarz-rot-goldene Fahnen aus dem Fenster zu hängen. Da ist nur wichtig, zu zeigen, dass wir offen sind für die Welt".

Warum also nicht, neben der Hoffnung auf eine weitgehend friedliche EM, zu Europa und zum Miteinander Farbe bekennen - leuchtend blau mit goldenen Sternen? Oder vielleicht mit einer Fahne des DFB? Schwarz-Rot-Gold muss es jedenfalls nicht sein.

*Marcel Buhlmann*

*(Quellen: spiegel.de, netz-gegen-nazis.de, huffingtonpost.de, sueddeutsche.de)*

## Jugendweihlinge in Zeulenroda-Triebes

Im Rahmen der Vorbereitung der Jugendweihfeiern in Zeulenroda-Triebes habe ich als Festrednerin die jungen Erwachsenen zu einer Gesprächsrunde eingeladen.

Erstmals habe ich den Versuch gestartet mit den Jugendweihlingen ins Gespräch zu kommen, um Sie bei dieser Jugendweihfeier möglichst persönlich ansprechen zu können. Unser Leben besteht aus vielen Lebensabschnitten. Für mich war von besonderem Interesse, welche Erwartungen die Jugendlichen an den nun kommenden Lebensabschnitt haben.

Ich führte zwei Gesprächsrunden durch. Das erste am 4. Mai in Auma-Weidatal und die zweite am 9. Mai in Zeulenroda -Triebes.

Ich habe mich gefreut, dass das Interesse der jungen Menschen groß war und so viele meiner Einladung gefolgt sind. Nach anfänglicher Zurückhaltung konnte ich den Jugendlichen so einiges an Informationen entlocken. So zum Beispiel, dass sie im Kreise der Familie feiern werden, die Festkleidung schon gekauft ist, die Aufregung steigt und natürlich auch Neugier auf das, was da kommt. Ich gab den Mädchen den Hinweis, bei der bevorstehenden Stellprobe die Hochhackigen Schuhe schon mal einzulaufen, um die Angst vor einem Sturz zu minimieren. Im weiteren Gesprächsverlauf konnten einige schon Auskunft zu ih-



rem Berufswunsch geben, andere waren noch nicht so schlüssig und wollten in den anstehenden Praktikas Erfahrungen sammeln.

Es war ein Versuch, der gelungen ist und im kommenden Jahr fortgeführt wird. Ich bedanke mich beim Verein „Jugendweih Ostthüringen e.V.“ für die Unterstützung durch z.B. den Versand der Einladungen und wünsche weiterhin viel Erfolg in der Arbeit des Vereines.

*Diana Skibbe*

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**



## Maifeier der BO Zeulenroda-Triebes

Wie jedes Jahr lud die BO der Linken Zeulenroda-Triebes am 30. April, also am Vorabend des 1. Mai, diesmal in die Waldschenke ein. Neben Diana Skibbe ist auch unser Bundestagsabgeordneter Frank Tempel der Einladung gefolgt. Der BO-Vorsitzenden Sven Weber hat bei seiner Begrüßung über die Bedeutung des 1. Mai gesprochen. Bei schönstem Wetter ließen sich die Gäste Kaffee und Kuchen schmecken. Im Anschluss überreichte Diana Skibbe den Genossen, die bereits seit 70 Jahren der Partei angehören, eine Urkunde. Sie sprach ihren Dank aus, dass sie als Genossen so lange, trotz der Anfeindungen besonders nach der Wende und über die Stationen der SED zur PDS, dann PDS-LINKE und nun DIE LINKE das Parteilieben mitgestaltet haben. Es wurde auch noch einmal betont, dass es oh-



ne die langjährigen Genossen DIE LINKE nicht geben würde. Für 70 Jahre Mitgliedschaft erhielt: Genossin Ilse Schaller Genossin Hildegard Wiche Genossin Anneliese Schimmel Genosse Harry Schimmel und zu Hause Genossin Gisela Meißner die Ehrenurkunde des Thüringer Landesverbandes der Partei Die LINKE. Frank Tempel sprach in seinem Grußwort über die Arbeit im Bundestag

und welche Aufgaben zurzeit zu bewältigen sind. Für die kulturelle Umrahmung sorgte Jo – einer der Tipfelbruder. Zum Abschluss gab es aus Tradition Rostbratwurst und Rostbrätel vom Grill, die sich natürlich alle bei strahlendem Sonnenschein gut schmecken ließen und dann zufrieden und satt den Heimweg antraten.

*BO Zeulenroda-Triebes*

## 30. Buchenwaldgedenklauf in Bad Köstritz zum 71. Jahrestag der Befreiung



misshandelt, deportiert und ermordet wurden. Es wird jedes Jahr den 43 Häftlingen gedacht, die in den letzten Kriegstagen 1945 von Buchenwald durch unseren Ort getrieben und hier in Bad Köstritz den Todesmarsch

Bad Köstritz ist der traditionelle Startpunkt dieses Laufes durch die Kinder und Jugendlichen des LAV Bad Köstritz. Am Langenberger Steg übergibt die Läufergruppe den Staffelstab an die Inline Skater des RSV "Blau Weis" Gera. Die Radfahrer des Radfahrclubs Solidarität übernehmen danach den Staffelstab, der über Wünschendorf nach Weida gebracht wird, wo dieser mit einer Gedenkfeier am Mahnmal auf dem Platz der Befreiung sein Ende findet.

*Marlies Jakat, BO Bad Köstritz*



Der jährlich stattfindende Buchenwaldgedenklauf ist eine würdige Tradition ehrenden Gedenkens Köstritzer Bürger für die Opfer des Faschismus. Wie jedes Jahr begann der 30. Buchenwaldgedenklauf am 7. April mit einer Gedenkveranstaltung zur Ehrung der Opfer

des Faschismus. Die Veranstaltung ist den Menschen gewidmet, die unermessliches Leid ertragen mussten, die auf Grund von Rassenwahn und einer menschenverachtenden Ideologie nicht überlebten. Sie fanden hier ihre letzte Ruhestätte. Es ist eine Tradition unserer Basisorganisation, den Bürgern von Köstritz und den Leichtathleten des LAV Elstertal an dieser Veranstaltung teilzunehmen.



**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**



## Frieden und soziale Gerechtigkeit

Diese beiden Hauptthemen bestimmten die erste Tagung des 5. Parteitages der Partei DIE LINKE in Magdeburg. Auch ohne den großen Rhetoriker Gregor Gysi vermittelten die großen Redebeiträge der beiden Vorsitzenden und auch der Fraktionsvorsitzenden, den Delegierten den Willen aller, sich den Aufgaben zu stellen, die die gegenwärtige politische Lage von uns erfordert. Ganz klar wurde herausgearbeitet und von den Leitanträgen bestätigt, dass der Frieden in der Welt dringlichste Aufgabe aller Linken in Deutschland und Europa sein muss. Es wurde aber auch deutlich gemacht, dass dies ohne soziale Gerechtigkeit und Demokratie sowohl bei uns als auch in den Krisenländern, nicht zu erreichen ist. Der Ausgleich zwischen dem reichen Norden und dem verarmenden Süden, sowohl in Europa, als auch in der Welt muss endlich durch konkrete Projekte beginnen.

DIE LINKE ist nach wie vor die einzige Partei, die konsequent auf eine friedliche Lösung setzt und fordert, dass endlich die Ursachen für den Terror bekämpft werden und nicht der Terror durch immer neue Kriegseinsätze angefeuert und in unser Land geholt wird.

In der Flüchtlingsfrage wurde deshalb auch ein sehr einheitliches Bild vermittelt, welches zum Ausdruck bringt, dass den Geflüchteten geholfen werden muss, aber auch die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, dass diese in ihre Heimatländer zurückkehren können, weil sie dort nicht mehr verfolgt, bedroht oder perspektivlos sind. Das bereits früher geforderte Aufbauprogramm für Syrien und den Irak wurde bekräftigt.

Auch der Leitantrag „Für Demokratie und Solidarität – gegen den Rechtsruck“ der die Kernthemen linker Politik heraus strich wurde nach vielen Änderungswünschen mit großer Mehrheit beschlossen.

In Ihren Reden an den Parteitag betonten sowohl Bernd Rixinger, als auch Katja Kipping, dass gerade die soziale Gerechtigkeit neben den Fragen zu Krieg und Frieden und der Kampf gegen Rassismus jeder Art, die Kernthemen der Politik der Partei DIE LINKE auch im Wahlkampf 2017 sein werden. Besonders Katja Kipping rief in Ihrer Rede alle Delegierten und alle Genossen der Linkspartei auf, sich aktiv in die Debatten um die Flüchtlingsfrage, die soziale Gerechtigkeit wie Bürgerversicherungen und auch dem bedingungslosen Grundeinkommen einzubringen. Die Wahlschläppen der letzten Wahlen und die Stimmenverluste auch an die AfD sollten und darin bestärken, konsequent an unserer Politik der Solidarität mit den Schwächeren der Gesellschaft, der Friedenspolitik und der Erhaltung der Demokratie einschließlich dem Schutz des Grundgesetzes festzuhalten. Nur wenn wir in diesen Fragen verlässlich sind so Kipping, werden wir verlorene Stimmen wieder zurückbekommen. In der täglichen Diskussion mit Genossen, Freunden, am Gartenzaun oder im Verein muss es unser Ziel sein, die AfD zu entzaubern. SPD und CDU/CSU

werden das nicht tun, sie vertrauen immer noch darauf, der AfD zum Munde zu reden und hoffen damit ihren Stimmenanteil zu behalten. Das kann allerdings auch nach Hinten losgehen, wie die letzten Wahlen gezeigt haben.

Eine für mich sehr wichtige Entscheidung des Parteitages war die Entschließung „Frieden mit Russland“. Seit dem Ende des II: Weltkrieges war die Kriegsgefahr nie höher als in der gegenwärtigen Situation. Die Länder Europas lassen sich vor den Karren der Expansionsgelüste der USA einspannen und auch die deutsche Regierung macht in dem Bestreben, Russland einzukreisen und zu bedrohen eifrig mit. Anstatt auf Deeskalation zu setzen und mit den USA und den anderen NATO Staaten zu verhandeln, die einstmals gegebenen Versprechen zur Abstandswahrung gegenüber Russland einzuhalten, beteiligt sich die Bundesrepublik aktiv an der Aufrüstung an den Grenzen zu Russland. Anstatt die USA aufzufordern, die Kernwaffen von deutschem Boden abzuziehen, wird deren Modernisierung forciert. Die Natospitzen und auch die Bundesregierung haben offensichtlich nicht dazu gelernt und sind immer noch dem Denken des kalten Krieges verhaftet. Sie liebäugeln wieder mit einem Krieg und hoffen diesen selektiv führen zu können. Bei den militärischen Möglichkeiten, die sich in so einem Krieg gegenüberstehen kann es keine Sieger geben. Der Einsatz von Atomwaffen so unnützlich er auch immer sein mag, wird in so einem Konflikt unausweichlich sein. Auch darauf müssen wir bei jeder Gelegenheit hinweisen. Es waren die USA und ihre Verbündete, die den Umsturz in der Ukraine vorbereitet und unterstützt haben, es sind auch die USA, die die Länder Südamerikas, die nicht den USA bedingungslos hinterherlaufen, destabilisieren wollen und dies mit scheindemokratischen Mitteln und einer Hetze in den Medien der jeweiligen Länder versuchen. Diesen Bestrebungen muss genauso Einhalt geboten werden wie den Bestrebungen zur Durchsetzung von CETA, TTIP und allen anderen sogenannten Freihandelsabkommen. Wir sollten uns entsprechend unserer Möglichkeiten an den Demonstrationen gegen diese Abkommen beteiligen, weil sie eine Gefahr für unsere Demokratie darstellen.

Natürlich war die Wahl des neuen Parteivorstandes und seiner Spitzen ein Höhepunkt des Parteitages. Erwartungsgemäß wurden die Vorsitzenden und auch der Geschäftsführer und der Schatzmeister wieder in ihren Ämtern bestätigt. Schade ist nur, dass viele der Delegierten es noch nicht begriffen haben, dass die Wahl einer oder eines Vorsitzenden, bei uns eben der beiden Vorsitzenden immer auch ein Zeichen an die Gesellschaft ist und ein gutes Ergebnis auch dem Zuspruch zu unserer Partei nützen kann. Das kann man aber bei einem Ergebnis von um die 75% nicht sagen. Schade, genauso schade ist es, >>>

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

dass man in unserer Partei Meinungsverschiedenheiten mit dem Werfen von Torten austragen muss. Das zeugt von wenig Kultur und sehr geringer politischer Reife. Sahra Wagenknecht nahm es aber relativ gelassen und man merkte ihr das in ihrer Rede am zweiten Tag des Parteitages nicht an. Sie sprach als eine der Fraktionsvorsitzenden und lobte die gute Zusammenarbeit der beiden Fraktionsvorsitzenden und auch innerhalb der gesamten Fraktion. Den Schwerpunkt ihrer Rede richtete sie auf Europa und den Rechtsruck in der Gesellschaft. Wie auch viele andere Redner betonte sie, dass die Mängel im Konstrukt der EU so gravierend sind, dass sie nicht reparabel sind. Die EU als Institution gehört aufgelöst und die Staaten des europäischen Kontinentes müssen sich auf völlig neuer völkerrechtlicher und gleichberechtigter Grundlage neu organisieren. Bei allen sozialen Entscheidungen sind die Menschenrechte zu berücksichtigen. Die Menschen und nicht das Kapital müssen in einem neuen Europa das Primat haben. Die Unfähigkeit der derzeitigen EU Instanzen haben dazu geführt, dass die Mehrheit der Menschen sich mit diesen nicht identifizieren können. Dies führt zur Stärkung nationaler Parteien und die Entsolidarisierung durch die Bürokratie der EU und seiner Instanzen wie der Europäischen Zentralbank. Die Entsolidarisierung der Gesellschaft wiederum führt zur Verrohung der Debatten und rechtes Gedankengut wird wieder hoffähig, bis

hin zur Regierungsfähigkeit in einzelnen europäischen Ländern. In Ihrer Rede rief sie alle Menschen auf, am 17.09.2016 an den bundesweiten Demonstrationen gegen TTIP teilzunehmen. Für ihre mitreisende Rede bekam sie stehende Ovationen, was auch als Solidaritätsbekundung zu ihrer Person verstanden werden sollte.

Insgesamt war der Bundesparteitag wieder ein Kraftquell für die weitere politische Arbeit und sollte uns alle anspornen noch aktiver zu werden. Wie zu jedem Parteitag gab es aber auch wieder einige Genossen, denen der Austausch einzelner, sinngleicher Worte wichtiger war als der Inhalt, aber auch das ist man nach so vielen Bundesparteitagen gewohnt und ist einfach nur noch nervig, weil es den Zeitplan immer wieder durcheinander bringt.

Wir sollten im Kreisverband besonders die drei Leitangebote in unserer täglichen Arbeit berücksichtigen und bei allen Diskussionen immer die Menschenrechte im Blick haben. Damit lassen sich die Meisten Weltpolitischen Probleme aber auch die Alltagsprobleme erklären. Wenn die Menschenrechte nicht gewährleistet sind, haben wir immer einen Grund dafür zu streiten. In diesem Sinne wünsche ich uns ein erfolgreiches Jahr 2016.

Parteitagsdelegierter  
Uwe Hauptmann

## Der Magdeburger Parteitag – von Vorstandswahlen, Leitanträgen und Tortenwerfern

Mehr Pflicht als Kür sind innerparteiliche Personalentscheidungen. Die Wahl zum Bundesvorstand der Partei DIE LINKE stand mal wieder an. Zahlreiche Kandidaten aus den unterschiedlichsten Spektren, Strömungen und Zusammenschlüssen stellten sich zur Wahl. Aus Thüringer und speziell Greizer Sicht ist sicherlich zu begrüßen, dass Frank Tempel mit dem drittbesten Ergebnis im ersten Wahlgang wiedergewählt wurde. Weitere Thüringer Vertreter im neuen Parteivorstand sind Christian Schafft und Johanna Scheringer-Wright. Kommunalexperte Steffen Harzer hat die Wiederwahl allerdings knapp verpasst. Als Vorsitzende wurden Katja Kipping und Bernd Riexinger mit überzeugenden 74 und 78,5% im Amt bestätigt.

Wer die Kandidaturen im Vorfeld verfolgt hat, hat vielleicht mitbekommen, dass ein 22-jähriger Berliner namens Christoph Pietsch vorhatte, um den Parteivorsitz zu kandidieren. Ein bis dato relativ unbekanntes Neumitglied der LINKEN, dessen politische Ansichten sich nach kurzer Online-Recherche (sehr vorsichtig ausgedrückt) als äußerst fragwürdig beschreiben lassen. Dieser junge Mann beschimpft die radikale, außerparlamentarische Linke als SA und verharmlost damit die Verbrechen der Nazis. Er negiert Antisemitismus, spricht von sich als Nationalist und vertritt insgesamt ein Weltbild wie es am ehesten in die AfD passt. „Multikulti“ ist für ihn ein

Hassbegriff und Geflüchtete ein Feindbild. Kurz vor dem Parteitag ist Christoph Pietsch wieder aus der Partei ausgetreten.

Zwar hatte sich damit auch seine Kandidatur erledigt, dennoch hielt die junge Genossin Sandra Beier an ihrer Gegenkandidatur fest. In einem inhaltlich wie rhetorisch als geradezu furios zu bewertenden Auftritt ordnete Sie Zitate des Herrn Pietsch historisch und inhaltlich ein. Sie griff damit Fehler der historischen Linken, insbesondere der KPD im Kampf gegen den Faschismus in den 1920er und frühen 1930er Jahren auf, zitierte Lenin und stellte den Bezug zu aktuellen Debatten her.

Dazu im Folgenden ein kurzes Zitat aus dieser Rede:  
*„Und jede Genossin und jeder Genosse, die oder der angesichts der aktuellen Politik der Bundesregierung ernsthaft in die Rhetorik der Rechten einsteigt – und zu dieser Rhetorik gehört übrigens auch „Kriminelle Ausländer raus“ oder wie man in dieser Partei sagt: „Wer Gastrecht missbraucht, der hat sein Gastrecht eben auch verwirkt.“, sollte die eigenen Standpunkte ernsthaft überdenken oder die Partei verlassen. Während der Besetzung des Ruhrgebiets 1923 wurden von der KPD mancherorts Plakate geklebt, die neben dem Sowjetstern das Hakenkreuz zeigten. In der KPD glaubte man, die Nazis damit bekämpfen zu können, dass man einen Teil der nationalsozialistischen Phrasen übernahm. Indem sich die KPD als nationale Kraft präsentierte, sollten Teile der faschistischen Bewegung für den Kommunismus gewonnen und die große*

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**





Die Delegierten aus Thüringen

*Mehrheit des nationalistischen Kleinbürgertums und der Reichswehr zersetzt oder neutralisiert werden. Die Geschichte hat gezeigt, dass diese Strategie nicht funktioniert hat und wie man nach den Erfahrungen, die die KPD damit gemacht hat, diese Fehler wiederholen kann, ist mir ehrlich gesagt ein Rätsel.“*

Sandra schloss ihre Rede mit dem Rückzug ihrer Kandidatur und der klaren Ansage frei nach Marc-Uwe Kling und seinem Känguru „Nazis wählt man nicht! Nazis boxt man!“ samt entsprechendem Banner und: „Alerta, Alerta! Antifascista!“ Für Viele war dieser mutige, klare und kompromisslose Auftritt sicherlich ein Höhepunkt des Parteitags.

Ein weiterer, allerdings unschöner Höhepunkt des Parteitags war sicherlich der Tortenwurf auf Sarah Wagenknecht am Vortag. Der durchaus berechtigten Kritik an manchen ihrer Äußerungen, die eben der oben bereits erwähnten, historisch gescheiterten Strategie des Stimmenfangs in nationalistisch eingestellten Protestwählerkreisen zu entsprechen scheinen, half diese Aktion allerdings nicht weiter. Man hätte noch einmal inhaltlich klar stellen können, dass wir in einer fortschrittlichen, linken Partei nicht über Obergrenzen diskutieren, dass wir ein verfassungsmäßig garantiertes, historisch abgeleitetes Grundrecht nicht zum „Gastrecht“ degradieren, dass wir, wie Katja Kipping treffend ausführte, ganz sicher keine „AfD-light“-Rhetorik brauchen. Jedoch führte die Aktion zu einer bedingungslosen Solidarisierung mit Sarah und brachte jegliche Diskussion über einige ihrer fragwürdigen, inhaltlichen Aussagen in den letzten Monaten bereits im Voraus zum Erliegen. An dieser Stelle muss auch gesagt werden, dass ganz sicher nicht alle Genoss\*innen den Tortenwurf als „asozialen Angriff auf uns alle“, wie Dietmar Bartsch etwas voreilig einwarf, begriffen. Denn wer von „verwirrtem Gastrecht“ und Obergrenzen für Geflüchtete redet, der hat zuerst einmal selbst ein Imageproblem, verschafft aber bei öffentlichkeitswirksamer Wiederholung auch seiner Partei eines. Und es ist völlig klar, diese Positionen sind nicht gleichzusetzen mit der Partei: Es gab immer wieder Debatten und Abstimmungen um diese Positionen, in denen Sarah und Co. deutlich in der Minderheit blieben. Der Tortenwurf, so unsachlich und kontraproduktiv er auch ist, ist in erster Linie ein Angriff auf den Standpunkt dieser innerparteiliche Minderheit. Wünschenswert wäre, wenn diese aus wel-

chen Gründen auch immer getätigten Äußerungen in Zukunft ausbleiben. Dann bleiben uns in Zukunft vielleicht auch Genoss\*innen, wie der erwähnte Christoph Pietsch erspart. Dann finden in Zukunft vielleicht auch mehr intelligente, emanzipatorisch und international eingestellte junge Menschen in größerer Zahl den Weg zu uns, als Wähler wie als Mitstreiter.

In der diese Tage veröffentlichten „Mitte“-Studie wird uns als Partei schließlich attestiert, dass sowohl Mitglieder als auch Wähler zunehmend aus einem jungen, gebildeten, demokratischen linken Milieu kommen, einem Milieu das es für die Weiterentwicklung unserer Positionen, unserer Partei und für den Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten dringend braucht. Protestwähler mit Ressentiments, mit chauvinistischen Einstellungen, mit Hang zum Nationalismus dagegen wandern, nicht nur von der LINKEN sondern von allen Parteien, ab zur AfD.

Unter den Beschlüsse und Resolutionen des Magdeburger Parteitag gab es viele wichtige und richtungweisende Entscheidungen. Die Leitanträge „Für Demokratie und Solidarität! Gegen den Rechtsruck!“, „Für Frieden und eine gerechte Weltordnung“ und „Mehr für alle. Eine soziale Offensive für ein offenes Land!“ wurden teils kontrovers diskutiert, verändert und verbessert und mit großen Mehrheiten angenommen. Mit „Nein heißt Nein!“ konnte auch die feministische Orientierung unserer Partei, speziell der Schutz von Frauen vor sexueller Gewalt, deutlich akzentuiert werden. In weiteren Anträgen wurde sich erneut mit der kurdischen HDP als emanzipatorische, demokratisch-sozialistische Kraft in der Türkei, die auch mit Vertretern vor Ort war, solidarisiert. Auch unsere Unterstützung und Solidarität für Rojava, das befreite und demokratisch selbst verwaltete kurdische Gebiet im Norden Syriens, wurde erneuert. Die Beschlüsse zur Unterstützung der Blockupy Proteste am 2. September in Berlin sowie der Großaktion "Aufstehen gegen Rassismus" am 3. September in Berlin sind als Bausteine in der Vernetzung mit außerparlamentarischen Kräften wichtig und richtig.

Insgesamt war auch der Magdeburger Parteitag wieder abwechslungsreich und spannend. Leider hat sich auch diesmal wieder gezeigt, dass bei „Personalparteitagen“ der Raum für inhaltliche Auseinandersetzungen etwas zu knapp ist. Die von vielen Genoss\*innen ersehnte Fortsetzung der Diskussion um ein emanzipatorisches Grundeinkommen ist einer der Punkte, für den kein Platz mehr war. So langsam aber sicher müssen wir uns aber darüber verständigen, ob dieses immer breiter diskutierte Thema abseits der üblichen Slogans zu mehr sozialer Gerechtigkeit, zu höheren Löhnen, Steuern, Renten und besseren Arbeitsbedingungen, als Zukunftsthema für den sozialen und ökologischen Umbau den Weg in unser Bundestagswahlprogramm findet.

Naja, vielleicht bei der kommenden Tagung...

Marcel Buhlmann

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

# Wo Terrorbekämpfung drauf steht, ist keine Terrorbekämpfung drin!

Rede von Frank Tempel im Bundestag zum Gesetz zur Terrorismusbekämpfung der Großen Koalition

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrten Damen und Herren!

Bei den Anschlägen von Paris und Brüssel ist uns noch einmal sehr bitter die Gefahr von Terroranschlägen vor Augen geführt worden. In diesen Fällen waren es Anschläge vonseiten radikaler Islamisten. Wir wissen aber auch, dass ebenso die Gefahr rechts-extremistisch motivierter Terroranschläge besteht. Für uns ergeben sich daraus zwei klare Aufgabenstellungen.

Erstens. Wir müssen alles daransetzen, dass geplante Terroranschläge nicht stattfinden können. Wir müssen sie verhindern. Zweitens. Wir müssen die Ursachen des Terrorismus thematisieren und wirkungsvolle zivile Prävention dagegensetzen.

Zur Prävention und zur Ursachenbekämpfung höre ich relativ selten etwas von Ihnen, Herr Innenminister. Das haben Sie aber heute getan, und das, was Sie dazu in Ihrer Rede gesagt haben, möchte ich ausdrücklich unterstreichen. Was steht im Gesetzentwurf? Da finden wir Regelungen mit erheblichen Möglichkeiten zu Grundrechtseingriffen für Geheimdienste und Polizei, eine üppige personelle und materielle Aufrüstung des Bundesamts für Verfassungsschutz. Und: Das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten wird wie mit dem BKA-Gesetz weiter ausgehöhlt. Da ist die Frage: Ist dieses Gesetz wirklich geeignet, mehr Sicherheit gegen terroristische Anschläge zu bringen? Ich behaupte, dass es das nicht ist, und werde das anhand von drei Beispielen belegen.

Erstes Beispiel: die Schaffung einer gemeinsamen Datei des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit ausländischen Nachrichtendiensten. Ich darf erinnern: Es gab bisher eine Kommunikation mit ausländischen Geheimdiensten. Wir bekamen auch immer wieder Terrorwarnungen, die sich aber weitestgehend als Fehlinformationen oder als unüberprüfbar herausgestellt haben. Jetzt wollen Sie, wenn wir das richtig verstanden haben, diesen Zustand sogar noch verstetigen und den Heuhaufen, in dem Sie stochern, deutlich höher stapeln. Dafür brauchen Sie 5,8 Millionen Euro und 27 dauerhafte Planstellen. Das ist nicht schlecht. Auf diese Art tauschen Sie dann anlasslos Daten von Zehntausenden Bürgern. Zulieferung von Geheimdiensten aus autoritären und diktatorischen Staaten nehmen Sie dabei auch in Kauf.

Dann gibt es noch den Datenringtausch unter den befreundeten Geheimdiensten, Herr Binninger. Die beteiligten Geheimdienste haben damit Zugriff auf Daten, die sie nach nationaler Gesetzgebung gar nicht erheben dürfen, und das alles wieder einmal un-



ter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung.

Da müssen wir Sie fragen: Ist das etwa Ihre Konsequenz aus den Skandalen um NSU und NSA? Ist das etwa Ihre Konsequenz aus dem jüngsten Versagen der Sicherheitsbehörden? Mehr Geld und Beschäftigte für den Verfassungsschutz und dafür dann erneut weniger Datenschutz? Ein Sicherheitsgewinn wird von der Linken hier jedenfalls deutlich bezweifelt.

Zweites Beispiel: Sie wollen die umfassende Erfassung und Prüfung für Identitätsdaten der Nutzer von Prepaidkarten bzw. -telefonen. Das heißt, der normale Bürger soll sich dem Zugriff des Staates auf seine Kommunikationsdaten nicht entziehen können. Ich darf Sie erinnern: Personen mit Anschlagsabsichten können ohne größeren Aufwand den Weg über Drittpersonen oder das Ausland wählen. Das ist überhaupt nicht schwer. Unsere prinzipielle Kritik an der Vorratsdatenspeicherung gilt also auch dieser Maßnahme. Es ist Massenüberwachung, ohne dass ein dem Verhältnismäßigkeitsgebot entsprechender Effekt für die Strafverfolgung erkennbar ist.

Meine Damen und Herren, statt die Lehren aus den Untersuchungsausschüssen des Bundestages zu ziehen, werden diesem Nachrichtendienst reflexartig immer weitere Kompetenzen und Budgetmittel zulasten der Bürger und der Steuerzahler gewährt. Seit dem Auffliegen des NSU im Jahr 2011 wurde der Haushalt des Bundesamts für Verfassungsschutz von 187 Millionen Euro auf 261 Millionen Euro aufgestockt. 470 Personalstellen gab es allein in diesem Jahr zusätzlich im Verfassungsschutzverbund. Wieso soll jemand annehmen, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz bei der Bekämpfung von islamistischem Terror erfolgreicher agiert als bei rechtsradikalem Terror? Ein dritter wesentlicher Punkt in Ihrem Gesetzentwurf ist der Einsatz von verdeckten Ermittlern bei der Polizei.

>>>

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**



Also die Bundespolizei soll nun ebenfalls, weil alle anderen Polizeien das auch dürfen, verdeckte Ermittler einsetzen, die auch noch aus Eigenschutzgründen ihre Umgebung technisch abhören können. Als Einsatzbeispiel haben Sie auch heute die Schleusung von Flüchtlingen genannt. Mal ganz abgesehen davon, dass bisher bekanntgewordene Terroristen in Europa aufgewachsen sind und sich nur vereinzelt als Flüchtlinge getarnt haben, ist deren Enttarnung durch verdeckte Ermittler fachlich mehr als zweifelhaft.

Der Terrorbekämpfung nutzt diese Maßnahme nach aller Wahrscheinlichkeit jedenfalls nicht. Meine Damen und Herren, im Namen meiner Fraktion darf ich Sie noch einmal mahnen: Es gilt Demokratie für alle. Sie muss gestärkt und darf nicht bei jeder Gelegenheit durch den Abbau von Bürgerrechten geschwächt werden.

Ihr Schwerpunkt liegt erneut bei der Stärkung der Geheimdienste. Die Linke bleibt dabei: Geheimdienste sind Fremdkörper der Demokratie, da sie qua Amt zu Desinformation und Unkontrollierbarkeit neigen. Deshalb gehören sie abgeschafft.

Jetzt, Herr Minister, nachdem wir uns damit beschäftigt haben, was wir an Ihrem Gesetzentwurf nicht gut finden, nenne ich Ihnen drei Beispiele, die unserer Meinung nach mehr Sicherheit bringen können, wenn - statt Grundrechte zu beschneiden - Gelder an der richtigen Stelle eingesetzt werden.

Ich habe hier ja schon häufig etwas zum Personaldefizit bei der Bundespolizei gesagt. Ich kann es auch heute nur gebetsmühlenartig wiederholen: Machen Sie dringend eine Aufgabenkritik und entlasten Sie die Polizei! Aufwendiges Anzeigenschreiben bei Cannabiskonsumenten, bei „illegal“ eingereisten Flüchtlingen, bei Schwarzfahrern, bei einfachen Ladendieben bindet gewaltige Ressourcen bei der Polizei. Das ist durchaus auch anders zu lösen. Weiter muss man dann natürlich definieren, wie viele Stellen zusätzlich geschaffen werden müssen, damit die Polizei ihren originären Aufgaben, also auch der Gefahrenabwehr, tatsächlich nachkommen kann.

Jeder Polizist vor Ort - auf der Straße und gerade bei Menschenansammlungen - ist eine wirkungsvolle Antiterrormaßnahme. Noch wirkungsvoller ist er, wenn er gut ausgebildet ist und durch Schulungen in die Lage versetzt ist, frühzeitig spezifische Verhaltensweisen von Terroristen zu erkennen und zu identifizieren. Im Nachhinein anhand von Videoaufzeichnungen drei Personen mit großen Koffern und auffälligen Handschuhen zu erkennen, ist zumindest für diesen Terroranschlag zu spät. Wir brauchen geschulte Polizeibeamte, denen so etwas rechtzeitig auffällt und die Maßnahmen ergreifen können, bevor ein Anschlag stattfindet. Wohlgemerkt Polizeibeamte, die regelmäßig abgelöst werden können, also Pausen bekommen und konzentriert bleiben und die eine vernünftige Ausrüstung, insbesondere eine gute Sicherheitsausrüstung, haben. Das heißt, wir brauchen hier Personal, das gut ausgestattet ist.

Sie reden viel über Kommunikation, Herr Innenminister. Kommunikation kann tatsächlich sehr entscheidend sein; das ist richtig. Aber dafür brauchen wir

nicht noch mehr Daten und noch mehr Befugnisse, sondern effiziente Kommunikationsschnittstellen und eine vernünftige, kompatible IT. Ich darf erinnern: 2,3 Millionen Euro hat das Bundeskriminalamt für eine gemeinsame Ermittlungsdatei von BKA und Landeskriminalämtern ausgegeben. Zweck sind Ermittlungen im Bereich des Terrorismus. Aus der Antwort auf unsere Kleine Anfrage dazu geht hervor: Seit 2011 wurde diese Datei einmal genutzt. Einmal!

Schnittstellen zu den EDV-Strukturen der Landeskriminalämter bestehen nicht. Dort müssen Daten über eigene Terminals eingegeben werden. Es existiert keine gemeinsame IT-Infrastruktur für den Fall eines terroristischen Anschlags oder eines anderen großen Unglücks. Daten zwischen Bundeskriminalamt und Landeskriminalämtern müssen noch heute per Fax oder Mail ausgetauscht werden. Das kostet einfach Zeit und birgt Reibungsverluste. Da sind Hausaufgaben zu machen.

Während Nachrichtendienste immer mehr Befugnisse und Infrastruktur für den Datenaustausch weit im Vorfeld erhalten, sind unsere Polizeibehörden von einer modernen Infrastruktur weit entfernt. Tatsächliche Informationen, Hinweise und Sachverhalte müssen über schnelle und effiziente Informationswege ohne Reibungsverluste an die notwendigen Adressaten bei der Polizei kommen, damit diese auch agieren kann. Die Linke ist ganz klar kein Freund großer Datensammlungen zum Selbstzweck. Aber da, wo der Zugriff für polizeiliche Handlungen erforderlich ist, sind wir dafür, dass die moderne Technik genutzt wird, um die Daten schnell an die notwendigen Stellen zu übermitteln.

Mein dritter Punkt - ich weiß, dass er bis zum Beginn der Fußballeuropameisterschaft keine Wirkung mehr entfalten wird, aber das Thema Terrorbekämpfung wird im Juli nicht verschwinden -: Was müssen wir aus Paris und Brüssel lernen? Datensammlungswut und Absenkung bürgerrechtlicher Standards haben dort kein Mehr an Sicherheit gebracht. Allerdings hat das fast vollständige Versagen der Präventionsarbeit in ganzen Stadtteilen der Radikalisierung zumeist jugendlicher den Boden bereitet. Prävention kann den Terror nicht verhindern - das wissen wir -, wohl aber den Nährboden sehr deutlich reduzieren.

In Sachen langfristiger und nachhaltiger Terrorbekämpfung ist Prävention mit Abstand die wirkungsvollste Maßnahme. Ich weiß, dass wir dafür Programme haben. Aber gerade die zivilen Deradikalisierungsprogramme sind bisher absolut unzureichend, setzen deutlich zu spät an und sind letztendlich in ihrer Quantität ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wenn ich zusammenfassen darf: Es gibt Handlungsspielräume, um besser auf die Gefahr von Terroranschlägen vorbereitet zu sein. Aber Ihre Vorschläge, Herr Minister, haben zumindest mit Terrorbekämpfung und mehr Sicherheit für den Bürger nichts zu tun. Damit sind Sie nach unserer Auffassung Ihrer Verpflichtung als Innenminister erneut nicht nachgekommen.

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

## Landespolitik vor Ort - Tourismustag im Kreis Greiz

Am 25. Mai lud Diana Skibbe (MdL) zum Tourismustag in den Landkreis Greiz ein. Es wurden touristische Angebote des Landkreises Greiz ausgewählt und mit Knut Korschewsky (MdL - DIE LINKE- Sport- und tourismuspolitischer Sprecher) besucht.

Der erste Anlaufpunkt war das Naturschutzgebiet Frießnitzer See - Struth, ein Naturerlebnis für Groß und Klein. Herr Kummer und Herr Wolfram von der NABU schilderten anschaulich, wie das Gebiet erhalten und ausgebaut wird. Auf dem Beobachtungsturm am See erläuterte Herr Kummer die einzelnen Maßnahmen. So wurden die Zuläufe ertüchtigt, fünf Kleingewässer angelegt, die Feuchtwiesen für das Wasserbüffel-Beweidungsprojekt neu umzäunt und ein Lehrpfad mit 15 Schautafeln erstellt. Wenn man auf dem Beobachtungsturm steht und die Pflanzen und Tierwelt sehen und beobachten kann wird einem bewusst, welches Kleinod vor einem liegt und das dies ein Naherholungsziel für jedermann ist. Es ist ein



lich der Trinkwasserversorgung und erst danach wurde entschieden dieses Gebiet touristisch auszubauen. Viele touristische Angebote kann man heute nutzen. Es gibt Rundwanderwege verschiedener Längen, ein Wassersportzentrum, das Strandbad und auch angeln kann man an ausgewiesenen Stellen - um nur einiges zu nennen. Beim Ausbau hat man besonders auf Barrierefreiheit geachtet, alle Wege sind bequem mit dem Rollstuhl zurückzulegen. Es können sogar Rollstühle und sogar ein Wasserrollstuhl ausgeliehen werden. Trotz noch fehlender Hinweisschilder ist der Gästezustrom zum Tourismuszentrum sehr hoch.

Auch hier war Knut über das Entstandene und die Vielfalt der Angebote erstaunt. Er brachte zum Ausdruck, dass der Allgemeinheit vermittelt werden muss, dass es nicht nur in Erfurt touristische Angebote gibt. Viele Besucher erkunden nur die Leuchttürme des Thüringer-Tourismus, ohne die Angebote im Umkreis zu beachten. Hier gilt es Wege aufzuzeigen um vorhandenen Angebote zu vernetzen. Viele Wirtschaftszweige könnten vom Tourismus als Wirtschaftsfaktor Nummer zwei in Thüringen profitieren.

Fazit: Eine sehr gelungene Veranstaltung mit vielen Informationen, die in die Landtagsarbeit einfließen wird. Das Gute und Schöne liegt oft so nah, man muss es nur wissen und kennen lernen.



Geheimtipp für jeden, der unsere heimische Natur hautnah erleben will. Was Knut Korschewsky auffiel: „Es gibt keine sichtbaren Hinweisschilder für den Frießnitzer See - Struth, hier besteht Handlungsbedarf“.

Auf der Osterburg in Weida bestaunten wir die erste und einzige gebaute Atomuhr der DDR in der Sonderausstellung Wissensschloss Osterburg. Frau Dr. Karg, die wissenschaftliche Mitarbeiterin, schilderte uns den Weg und die Umwege der Atomuhr bis sie nun hier endgültig ihren Platz im Museum auf der Osterburg gefunden hat. Des Weiteren gab sie uns einen kleinen Einblick in die Geschichte der Entstehung der Osterburg, der Stammburg der Vögte des Vogtlandes. Knut ließ es sich nicht nehmen den Turm der Osterburg zu besteigen und die Aussicht von oben zu genießen.

Unser letzter Anlaufpunkt war das neu entstandene Tourismuszentrum „Zeulenrodaer Meer“. Frau Kasper, die Leiterin des Tourismuszentrums, gab umfassend Auskunft über das Entstehen.

Bis 2012 diente das Weidaltalsperrensystem ausschließ-



Lutz Rader, BO Weida Ortsvorstand

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**



## 70 Jahre Mitgliedschaft in der Partei

Es ist schon was erhebendes, wenn man ein langjähriges Mitglied in einer linken Partei ehren darf. So konnte ich unserem Mitglied Ruth Daunert aus Kraftsdorf für 70 Jahre Mitgliedschaft in unserer Partei die Ehrenurkunde des Landesverbandes Thüringen der Partei DIE LINKE am 16. Mai überreichen. Diese Ehrung viel mit dem 90. Geburtstag ihres Mannes Friedhelm zusammen. Sie war sichtlich bewegt dass daran gedacht wurde. Weiter erhielten aus unserer BO für 70 Jahre Mitgliedschaft in der Partei Marta Jakat, Gisela Mandel und Günther Gerhardt die Ehrenurkunde.



*Marlies Jakat  
BO Bad Köstritz*



Urkunde für 70 Jahre  
Mitgliedschaft für  
Ruth Daunert

Urkunde für 70 Jahre  
Mitgliedschaft für  
Marta Jakat



## Arbeitsbesuch in der Hofkäserei Büttner

Im Rahmen der Wahlkreiswoche besuchte Diana Skibbe (MdL) am 30. März 2016 die Hofkäserei Büttner in Hohenleuben. Das Unternehmen ist eine traditionelle Käserei, die von drei Brüdern geführt wird. Die qualitativ hochwertige Milch wird direkt vom Bauernhof abgeholt und sofort in Handarbeit verarbeitet. Sie



bezahlen für die Rohmilch des Erzeugers 0,40 Euro, weit mehr als der Großhandel an die Erzeuger bezahlt. Die Milch wird überwiegend zu Rohmilchkäse verarbeitet. Großer Wert wird auf hohe Qualität der Kräuter und Gewürze, die in Verbindung mit dem eigenen Käse einen einzigartigen Geschmack ergeben, gelegt. Ein Teil des Käses wird in der eigenen Käseräucherei weiterverarbeitet. Die Produktpalette wird durch selbst kreierten Frisch-, Hirtenkäse, Mozzarella- und Buttervariationen abgerundet. Der Geschmack ist authentisch und die Herstellung ist transparent und ehrlich, helfen kleine landwirtschaftliche Unternehmen zu überleben. Im Hofladen werden die eigenen Spezialitäten und regionale bäuerliche Produkte angeboten. Um in die Breite zu kommen vertreiben sie ihre Käseprodukte auf Märkten und führen eigene Hoffeste durch. Im Anschluss der Besichtigung durften wir hauseigene Käseprodukte verkosten, die sehr schmackhaft und Empfehlenswert sind.

Wir wünschen der Hofkäserei Büttner weiterhin viel Erfolg und viele Kunden.

*Marlies Jakat*

## Zu den feigen Anschlägen von Brüssel

Die schrecklichen Anschläge vom Dienstagmorgen, dem 22. März, haben wohl alle zutiefst schockiert. Meine Gedanken sind nun bei den Opfern und ihren Angehörigen. Ihnen gilt mein volles Mitgefühl und alle Solidarität.

Diese Anschläge haben das politische Zentrum Europas getroffen. Es ist jetzt wichtiger als je zuvor mit Besonnenheit zu reagieren. Wir müssen uns von den Europäischen Werten -Solidarität, Frieden und Freiheit- leiten lassen und eben diese auch weiter verteidigen.

Mit diesem Terror trafen die Täter vor allem Zivilisten, Urlaubs-, Dienst- und Geschäftsreisende sowie Berufspendler, und nicht zu vergessen die Angestellten am Flughafen und in der U-Bahn. Damit wurden die Menschen mitten in ihrem Alltag getroffen, aus dem man sie jäh herausriss. Sie verdienen unser volles Mitgefühl.

Dank an die Rettungs- und Sicherheitskräfte für ihren Einsatz, aber ebenso riesigen Respekt und Dank an die, die sich im zwangsläufigen Chaos mit den Betroffenen uneigennützig solidarisch zeigten. Taxis die kostenlos fuhren, Mitbürgerinnen und Mitbürger, welche sofort den Betroffenen und Verletzten Hilfe und Unterstützung anboten sowie dem größten nationalen Anbieters für Telekommunikation, welcher umgehend die WLAN-Netze öffnete.

Mit der Auswahl der Anschlagziele wird deutlich, dass sich diese nicht nur gegen Brüssel als Hauptstadt Belgiens richtete, sondern auf die Hauptstadt Europas abzielten.

Eine der Terror-Attacken ereignete sich in Sichtweite des Europaparlaments. Mehr noch als nach den Anschlägen von Paris im letzten Jahr ist das Herz, das Zentrum der EU als Ganzes getroffen. Jedoch sei gesagt: Wir lassen uns unsere Werte nicht nehmen!

*Diana Skibbe*

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

## Politfrühstück im April, Mai und Juni mit Diana Skibbe

Wie jeden ersten Montag im Monat lud Diana zum Politfrühstück in ihr Büro nach Zeulenroda-Triebes ein. An den Montagen kamen interessierte Bürger um mit Diana ins Gespräch zu kommen. Hauptthemen waren die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform, der Breitbandausbau in Auma-Weidatal, wann kommt das beitragsfreie Kita-Jahr und die Problematik des Rückbaus der Weida-Talsperre und Windenergie um mal einige zu benennen. Diana hat wie immer die Fragen der Bürger wie gewohnt in sachlicher Weise beantwortet und konnte die gegebenen Hinweise und Probleme, welche die Bürger bewegen für ihre Arbeit im Landtag mitnehmen.

Die Gäste brachten zum Ausdruck, dass es ein Ziel der Politik sein muss die Spaltung der Gesellschaft zu beheben und die Schere zwischen arm und reich nicht noch weiter auseinander gehen zu lassen. Es wurde immer lebhaft diskutiert und Meinungen ausgetauscht. Die Anwesenden waren sich einig, dass dieses Angebot unbedingt beibehalten werden muss um weiterhin mit Politikern ins Gespräch zu kommen. Nach der Sommerpause werden wir am 5. September wieder um 10.00 Uhr nach Zeulenroda-Triebes zum Politfrühstück einladen.

Marlies Jakat  
WKM

### Pressemitteilung von Diana Skibbe (MdL) zur Gebietsreform

#### Gebietsreform ist auf dem Weg – Freiwilligkeitsphase für Gemeindeneugliederungen läuft bis 31. Oktober 2017

„Der Thüringer Landtag hat mit der Verabschiedung des Vorschaltgesetzes vergangene Woche den Weg für eine Gebietsreform im Freistaat frei gemacht. Jetzt heißt es für die Gemeinden nicht abwarten, sondern alle gebotenen Chancen der Freiwilligkeitsphase zu nutzen.“, erklärte die Landtagsabgeordnete Diana Skibbe (DIE LINKE). Nach langer intensiver öffentlicher Diskussion, einem umfänglichen Anhörungs- und Abwägungsprozess sei nun ein maßgeblicher Baustein des von der rot-rot-grünen Koalition geplanten Reformprozesses gesetzt. Vervollständigt werde das Reformwerk mit der ebenfalls vergangene Woche erfolgten Einbringung des Grundsätze-Gesetzes Funktional- und Verwaltungsreform, welches den Übergang vom dreistufigen zum zweistufigen Verwaltungsaufbau, eine umfassende Kommunalisierung von Aufgaben und die Einräumigkeit der Verwaltung skizziert. Laut dem nunmehr beschlossenen Gesetz sollen Gemeinden künftig 6000 Einwohner haben. Maßgeblich sei hier die Abschätzung der Einwohnerzahlen der neu gebildeten Gemeinden im Jahr 2035. Die neuen Gemeinden müssen zudem so strukturiert sein, dass sie die Funktion eines Zentralen Ortes übernehmen können. Sie müssen außerdem leistungsfähig sein und dürfen keine Abwehrfusionen gegen Städte dar-

stellen. Übergangweise könne auch das Modell der Großen Landgemeinde mit erweitertem Ortschaftsrecht genutzt werden. Diese müssen 10 000 Einwohner und deren Ortschaften mindestens 1000 Einwohner aufweisen. „Hinweisen möchte ich insbesondere auf die im Gesetz enthaltene Regelung der Neugliederungsprämie. Diese beträgt 100 Euro pro Einwohner der neu gegliederten Gemeinde, maximal eine Million Euro.“, sagte Skibbe. Dies greife allerdings nur in der bis zum 31. Oktober 2017 laufenden Freiwilligkeitsphase. Das Gesetz ermögliche zudem eine Erweiterung des Gemeinderates für eine Amtszeit und die Fortschreibung des Ortsrechts im Rahmen von Eingemeindungsverträgen. Entgegen allen Unkenrufen halte Rot-Rot-Grün den Fahrplan, die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform im Freistaat nehme mit der ab 1. Juli beginnenden Freiwilligkeitsphase für Gemeindeneugliederungen konkrete Konturen an. „Ich rufe die Gemeinden in unserer Region auf, sich auf den Weg zu machen, die Freiwilligkeitsphase dafür zu nutzen, zukunftsfeste leistungsfähige Gemeindestrukturen zu bilden. Wer jetzt in alten Strukturen verharret, wird am Ende verlieren. Das kann nicht im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger sein.“, sagte Diana Skibbe abschließend.

## Termine

**16.08.2016** Frank Tempel und Ralph Lenkert gemeinsam im Landkreis Greiz

**27.08.2016** Friedensfest in Gera

**11.09.2016** Sommerfest DIE LINKE Kreisverband Greiz, ab 14.00 Uhr im Tiergehege Zeulenroda-Triebes

**17.09.2016** Anti-TTIP Groß Demo in Leipzig



## Ruft an, fragt nach!

**FÜR  
SIE DA!  
SOZIAL  
&  
REGIONAL!**

**Wahlkreisbüro Diana Skibbe**  
Greizerstr. 33  
07937 Zeulenroda-Triebes  
Mail:  
skibbe@die-linke-thl.de  
Tel.: 036628 - 94 75 48

**DIE LINKE. Kreisverband Greiz**  
Carolinestraße 46  
07973 Greiz  
Mail:  
rgeschaefsstelle@die-linke-greiz.de  
Tel: 03661 - 45 61 54

**Bürgerbüro Frank Tempel (MdB)**  
Carolinestraße 46  
07973 Greiz  
Mail:  
Frank.tempel.ma06@bundestag.de  
Tel: 03661 - 45 61 54

[www.die-linke-greiz.de](http://www.die-linke-greiz.de)